

Damit Hilfe für Gewaltopfer ankommt

Von Carina Göls

Opfer häuslicher Gewalt haben oft einen langen Leidensweg in ihrem Zuhause. Ihnen Auswege zu zeigen und Beistand zu geben, das leisten Mitstreiter in einem großen Netzwerk. Aber auch sie haben ihre Schwierigkeiten. Wenn das Geld knapp wird oder der Amtsschimmel zu laut und zu lange wiehert.

WAREN/SCHWERIN. „Opferschutz als Pflichtaufgabe“ des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Dieser Wille und Wunsch besteht auch bei Frauen und Männern an der Müritz, die sich gegen häusliche Gewalt einsetzen und Betroffenen helfen möchten. Ein Zeichen dafür zu setzen, dass Opferschutz auch finanziert sein muss, dazu waren jetzt Mitstreiter des Netzwerks Opferschutz nach Schwerin zu einer Demonstration gefahren. Auch aus der Müritzstadt haben Vertreter daran teilgenommen. Mit einem Transparent machten sie auf ihr Ansinnen aufmerksam.

„Der Schutz vor häuslicher und sexualisierter Gewalt ist ein Menschenrecht, das auch zu Hause, im Freundeskreis oder am Arbeitsplatz gilt! Häusliche und sexualisierte Gewalt verletzt eindeutig das Recht auf Leben, auf körperliche und seelische Unversehrtheit, auf Gesundheit, auf persönliche Freiheit und Sicherheit. Doch



Opfern häuslicher Gewalt unbürokratisch und kompetent Hilfe zu bieten, dafür sind auch an der Müritz Menschen engagiert. Mit diesem Plakat zum Lichtermarsch in Waren sind Vertreter der Beratungsstelle für „Klara“ in Waren zur Demonstration nach Schwerin gereist.

FOTO: STEPHAN RADTKE

der Zugang zu Schutz und Hilfe wird Betroffenen oft unnötig erschwert und für einige auch unmöglich“, betonten die Demonstranten. Wer sich auch für den Opfer-

schutz quasi von Zuhause aus engagieren möchte, der kann die Petition unterschreiben. Das geht noch bis 6. Januar. „5000 Unterschriften wollen wir für unsere Petition einrei-

chen, um darauf aufmerksam zu machen, dass das Thema häusliche Gewalt zahlreiche Menschen berührt. Nicht nur die Kommentare unserer Online Petition zeigen, dass die-

ses Menschenrecht noch lange nicht umgesetzt ist. Schon seit 1981 organisieren Menschenrechtsorganisationen alljährlich zum 25. November Veranstaltungen, bei denen

die Einhaltung der Menschenrechte von Frauen und Mädchen auf die Agenda gesetzt werden und es ist leider noch immer nötig“, betont die stellvertretende Vorsitzende des Landesfrauenrates Mecklenburg-Vorpommern, Ulrike Bartel, und fährt fort: „Wir haben in Mecklenburg-Vorpommern zwar bereits ein funktionierendes Beratungs- und Hilfenetz, doch es mangelt an zentralen Bausteinen des Opferschutzes. Wir haben in der Fläche noch so einige weiße Flecken. Und viele Betroffene erreichen wir nicht, weil das Hilfenetz nicht über die entsprechenden Ressourcen verfügt. Hinzu kommt die permanente finanzielle Unsicherheit angesichts der knappen öffentlichen Kassen.“

Der Landesfrauenrat M-V ruft dazu auf, Opferschutz als staatliche Pflichtaufgabe zu verankern und damit Schutz und Sicherheit für Betroffene nachhaltig zu gewährleisten.

Weitere Informationen zur Online Petition „Opferschutz als Pflichtaufgabe“ gibt es unter: <https://www.openpetition.de/petition/online/opferschutz-als-pflichtaufgabe>. Wer sich auch für den Opferschutz quasi von Zuhause aus engagieren möchte, der kann die Petition unterschreiben. Oder, wer lieber auf Papier unterschreibt, könne das Dokument dann an info@landesfrauenrat-mv.de mailen.

Kontakt zur Autorin
c.goels@nordkurier.de